



## Konferenz

# Neubrandenburger Ratschlag gegen Rechts NPD und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern

26.-27.02.2009 in Neubrandenburg

### Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern (KOWA-MV)

KOWA-MV Büro Stralsund  
c/o Fachhochschule Stralsund

Zur Schwedenschanze 15  
18435 Stralsund  
Tel. 03831/456577  
kowa\_mv@fh-stralsund.de  
www.kowa-mv.de

KOWA-MV Büro Neubrandenburg

Tilly-Schanzen-Str. 17  
17033 Neubrandenburg  
Tel. 0395/5553170  
info@kowa-neubrandenburg.de  
www.kowa-mv.de

Gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds



<b>Begrüßung durch Ernst Heilmann, ver.di nord .....</b>	<b>5</b>
<b>Martina Renken-Kirchhoff, KOWA-MV .....</b>	<b>11</b>
<b>XENOS-Projekt „Beschäftigte initiativ – für ein tolerantes und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern“ .....</b>	<b>11</b>
<b>Birgit Neumann, Betriebliches Beratungs-Team (BBT) Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg- Vorpommern .....</b>	<b>23</b>
<b>Prof. Dr. Hajo Funke „Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern 2009. Herausforderung an Demokraten“ .....</b>	<b>50</b>
<b>Dr. Christoph Kopke „Die NPD bei den Kommunalwahlen 2008 im Bundesland Brandenburg und als Herausforderung bei den Wahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern“ .....</b>	<b>65</b>
<b>WIR. Erfolg braucht Vielfalt .....</b>	<b>72</b>
<b>NPD – Kehrt Marsch! Eine Kampagne der ver.di nord, Ernst Heilmann .....</b>	<b>73</b>
<b>Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern.....</b>	<b>76</b>
<b>ENDSTATION RECHTS. Eine Mitmach-Kampagne gegen Rechtsextremismus.....</b>	<b>78</b>

# Neubrandenburger Ratschlag gegen Rechts

## NPD und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern

Donnerstag, 26.02.2009

Freitag, 27.02.2009

im Hotel „Am Ring“

Krauthöferstr.1

17033 Neubrandenburg

### 26. Februar 2009

- 10:00 Uhr *Empfang*
- 10:30 Uhr **Begrüßung**  
Ernst Heilmann, ver.di nord
- 11:00 Uhr **Das neue XENOS-Projekt**  
**„Beschäftigte initiativ – für ein tolerantes und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern“**  
Martina Renken-Kirchhoff und Roger Müller  
KOWA-MV Büro Neubrandenburg
- 11:30 Uhr *Pause*
- 11:45 Uhr **Das BBT-Projekt –**  
**Die Arbeit des Betrieblichen Beratungsteams in MV**  
Birgit Neumann, BBT Schwerin
- 12:15 Uhr *Pause*
- 13:15 Uhr **Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern 2009 –**  
**Herausforderung an Demokraten**  
Prof. Dr. Hajo Funke, Freie Universität Berlin
- 15:00 Uhr *Pause*
- 15:30 Uhr **NPD und Kommunalwahlen:**  
**Erfahrungen und Handlungsoptionen in der**  
**Auseinandersetzung gegen „Rechts“ aus dem Land**  
**Brandenburg**  
Dr. Christoph Kopke, Moses-Mendelssohn-Zentrum für  
europäische-jüdische Studien Berlin und Freie Universität  
Berlin
- 18:00 Uhr *Ende des ersten Tages*

# Praxistag

## Neubrandenburger Ratschlag gegen Rechts.

NPD und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern

„Was kann getan werden gegen Rechts insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen in MV?“

**27. Februar 2009**

<b>Bis</b>	
<b>09:00 Uhr</b>	<i>Ankunft</i>
<b>09:15 Uhr</b>	<b>Begrüßung zum Praxistag</b>
	<b>Projektmarkt</b> Impulse aus der Arbeit von Netzwerken und Initiativen im Land
<b>10:00 Uhr</b>	<b>WIR: Erfolg braucht Vielfalt – eine Landesinitiative</b> Ingo Schlüter, DGB Nord Sylvia Brettschneider, Landtagspräsidentin
<b>10:30 Uhr</b>	<b>NPD – Kehrt Marsch! – Kampagne der ver.di nord</b> Ernst Heilmann, ver.di nord
<b>10:45 Uhr</b>	<i>Pause</i>
<b>11:15 Uhr</b>	<b>Offene Diskussion</b> Vorschläge zur Auseinandersetzung im Wahlkampf mit den Rechten Moderation: Martina Renken-Kirchhoff  Möglichkeit zur Kurzpräsentation einzelner Initiativen und Kampagnen in der Diskussion
<b>13:00 Uhr</b>	<i>Pause</i>
<b>14:00 Uhr</b>	<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>
<b>14:30 Uhr</b>	<b>Ende</b>

**Begrüßung durch Ernst Heilmann, ver.di nord**  
**Neubrandenburger Ratschlag gegen Rechts am 26./27.2.2009**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
Verehrte Abgeordnete,  
Herzlich willkommen, meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen

wir freuen uns, dass Sie so zahlreich erschienen sind zu unserem heute beginnenden Ratschlag gegen Rechts.

Dieser Ratschlag knüpft unmittelbar an unsere im Herbst im Rahmen des XENOS-Projektes durchgeführte Veranstaltung in Wismar „Strategien für Toleranz und Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“.

Wir führen damit den begonnenen Dialog mit Initiativen, Netzwerken, Verbänden, den Regionalzentren und der Politik fort. Wir wollen erneut ein Forum bieten, um unsere Erfahrungen und Aktivitäten im Kampf gegen Neonazismus auszutauschen. Wir wollen von kompetenter Seite, durch unsere Referenten begleitet, nicht nur die „Erscheinungsebene“ in den Focus nehmen, sondern einmal mehr auch nach Ursache und Wirkung für den sich weiterhin erstarkenden Neonazismus fragen, um damit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Voraussetzungen zu verbessern, eine erfolgreiche, langfristig angelegte Strategie eines einheitlichen Handelns aller demokratischen Kräfte gegen Rechts befördern. Dabei spielt auch ein einheitlicher Wahlauf Ruf zu der jetzt bevorstehenden Kommunalwahl und zu weiteren Wahlen über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg aus unserer Sicht eine zentrale Rolle.

Wir hatten uns in Wismar im Grundsatz darauf verständigt, so etwas wie eine „BürgermeisterInneninitiative“ aller demokratischen Kräfte anzustreben. Es geht darum, sich eindeutig gegen Rechts zu bekennen und auch zu handeln. Wir werden im Laufe unserer Veranstaltung unter anderem von der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ hören, wie es um unseren gemeinsamen Aufruf steht. Und wir sollten diese landesweite Initiative dann auch unterstützen und befördern.

Wir, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind neben mir Martina Renken-Kirchhof, und Roger Müller, die KollegInnen der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, und das sind die weiteren Partner unseres neuen XENOS-Projektes „Beschäftigte innovativ - für ein tolerantes und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern“: die DGB-Region Vorpommern, Regionalzentren, die Universität Greifswald, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Universität Rostock, die Fachhochschule Stralsund und die Landeszentrale für politische Bildung und nicht zuletzt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di,

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, dessen Leiter ich bin. Mein Name ist Ernst Menachem Heilmann.

Wir begrüßen die Präsidentin des Schweriner Landtags und Schirmherrin des Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“, Frau Sylvia Bretschneider.

Wir begrüßen als weitere Vertretung der Landespolitik den Parteienvertreter der Fraktion der Linken, Herrn Wolfgang Dietrich.

Wir freuen uns sehr, dass Sie sich zwei Tage Zeit nehmen, um mit uns die Diskussion zu führen.

Morgen begrüßen wir zu unserer Veranstaltung die teilnehmenden Abgeordneten der Landtagsfraktion der SPD, Herrn Reinhard Dankert und Herrn Julian Barlen, von der Landtagsfraktion der CDU, Herrn Günter Rüks sowie von der Landtagsfraktion der FDP, Herrn Thoralf Schnur.

Ebenfalls morgen zu uns stoßen wird der stellvertretende Vorsitzende des DGB Nord, der Kollege Ingo Schlüter.

Neben vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem ver.di-Arbeitskreis Antirassismus begrüßen wir als Vertreter der Freien und Selbständigen den Kollegen Udo Horn und Hans-Jürgen Rummel sowie Ilhan Isozen, Leiter des Haus der Kulturen in Lübeck, der mit einem Kollegen und uns versuchen wird, ein kleines Kulturobjekt mit uns zum Thema zu erstellen.

Wir freuen uns, dass an unserer Veranstaltung Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Regionalzentren und des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Greifswald sowie auch ein Vertreter der Apfelfront, die bekannt sind für ihre spektakulären Aktionsformen in der Auseinandersetzung mit den Rechten, teilnehmen.

Wir begrüßen Herrn Till Kahnt von der Amadeo Antonio Stiftung sowie eine Reihe Kolleginnen und Kollegen von der Gemeinnützigen Regionalgesellschaft Usedom Peene GmbH.

Wir begrüßen weiter Herrn Kurt Hirschler von der Akademie für Politik sowie alle bisher nicht namentlich genannten Kolleginnen und Kollegen.

Ganz besonders freuen wir uns, dass wir kompetente Referentinnen und Referenten gewinnen konnten: Herrn Prof. Hajo Funke von der Freien Universität Berlin sowie Herrn Dr. Christoph Kopke von der Moses-Mendelssohn-Gesellschaft der Universität Potsdam.

Beginnen werden wir unseren heutigen Tag mit der Vorstellung unseres neuen XENOS-Projektes durch unsere Kollegen der KOWA, die Projektleiterin Martina Renken-Kirchhoff und Roger Müller.

Im Anschluss daran werden wir das Projekt der Betrieblichen Beratungsteams mit ihren bisherigen Erfahrungen vorstellen. Wir begrüßen die Kolleginnen Sigrid Remus und Birgit Neumann. Herzlich willkommen.

Nach der Mittagspause werden wir unsere beiden Hauptreferate von Hajo Funke und Christoph Kopke hören.

Selbstverständlich besteht auch Gelegenheit für Nachfragen und Diskussionen.

Der morgige Tag beginnt mit der Vorstellung der Initiative „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ durch den Kollegen Ingo Schlüter und Sylvia Bretschneider, der Präsidentin des Schweriner Landtags.

Danach werde ich die Aktivitäten im Rahmen der ver.di-Kampagne „NPD – Kehrt Marsch!“ vorstellen.

Wir wollen weiter in einer offenen Diskussion mit den Parteienvertretern mit Initiativen und Netzwerken hören, welche Vorschläge und Ideen es zur Auseinandersetzung mit den Rechten im Kommunalwahlkampf gibt.

Der 14. Februar 2009 – Dresden.

Das hat es in einer deutschen Großstadt noch nicht gegeben. Über 6.000 Neonazis konnten unbehelligt durch die Altstadt marschieren. Dieser Marsch der Schande, den die Organisatoren stolz als „den größten rechten Aufmarsch Europas feiern konnten“. Der Ablauf: Passanten kaufen ein, Eltern gehen mit ihren Kindern spazieren – daneben tragen die Nazis in einem gespenstischen Schweigemarsch ihre abstrusen Parolen vom „Bombenholocaust“ vor sich her. Das ist die Instrumentalisierung des Gedenkens, deren Kernbotschaft lautet: Die Deutschen sind die eigentlichen Opfer des Krieges.

Das ist die politische Alltagsstrategie der Nazis nach wie vor, ebenso wie die Leugnung des Holocausts, die nun auch die aktuellen, unsäglichen Diskussionen in der katholischen Kirche bestimmen.

Diese Szene aber, das friedliche Nebeneinander von Zivilgesellschaft, Provokation und Terror symbolisiert die vielleicht größte Niederlage von Demokratie in jüngster Zeit. Denn es scheint, als hätte sich die Gesellschaft an die Existenz dieser Totengräber von Toleranz und Freiheit gewöhnt. Dabei lehrt uns die Geschichte, Wegsehen kann tödlich sein. Stille Duldung oder Desinteresse sind die Voraussetzungen dafür, dass Nazis Wahlen gewinnen. Sicherlich gab es auch die vom DGB unterstützte Gegenkundgebung mit ca. 12.000 Teilnehmern mit UnterstützerInnen aus dem Bundesgebiet. Das ist auch immer und immer wieder wichtig. Wir dürfen ihnen den öffentlichen Raum nicht überlassen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Dresden ist nicht eigentlich geschlossen aufgestanden. Und bis heute weigert sich die Dresdner Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) sich an dem Bündnis „Geh Denken“ zu beteiligen.

Und noch etwas hat inzwischen eine neue Qualität erreicht. Die Gewalt im Umfeld solcher Aufmärsche der Rechten nimmt dramatisch zu. Nicht nur in Dresden, wo die Rechten regelrechte Hetzjagden auf DGB-Kollegen und Teilnehmer der Demonstration aus Hessen veranstalteten: sie wurden Krankenhausreif geprügelt und einem Kollegen wurde der Schädel zertrümmert.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das erleben wir nicht nur in Dresden. Wir erleben das in unserem Landesbezirk in Lübeck oder aber auch in Hamburg wie am letzten 1. Mai.

Sie trugen schwarze Kapuzenpullis, schwarze Hosen oder Palästinenser-Tücher. Ihre Parolen Kampf dem Kapitalismus gegen Globalisierung oder Armut, Hunger und Krieg den Kampf ansagen. Und wer nicht genau hinsah, der musste am 1. Mai in Hamburg diesen schwarzen Block von über 400 Personen als autonome Antifa erkennen. Doch tatsächlich waren es gewaltbereite sogenannte autonome Nationalisten, von denen – wie auch die Polizeieinsatzleitung bestätigte – Aggression und nackte Gewalt ausging. „Und wenn wir nicht dazwischen gegangen wären“, so resümierte der Polizeieinsatzleiter Herr Born, „dann hätte es Tote gegeben.“ So erlebte der Stadtteil Barmbeck den 1. Mai im Ausnahmezustand. Etwas Ähnliches steht zu befürchten für die Maikundgebungen des DGB in Hannover und anderen Städten.

Noch bedenklicher sollte uns die aktuelle Studie der Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer mit ihrer Untersuchung zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stimmen. Die Daten zeigen: Der Nationalstolz in Ost und West hat signifikant zugenommen. Entgegen der Annahme, dass dieser (fröhliche) Stolz einem harmlosen „Party-Patriotismus“ entspräche, wie bei der Fußballweltmeisterschaft von Politik und Medien beschrieben, stellt sich nun heraus, dass er eben eng mit „Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamhass

einhergeht“. Die Untersuchung ergab, dass Rassismus, die Verteidigung von etablierten Vorrechten und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen weiter zunahmen.

Die Befragung wirft damit auch die Fragen zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf. Meint doch die Hälfte der Befragten, dass das Thema „hochgekocht“ wird, über ein Drittel meint, über Rechtsextremismus werde „viel zu viel geredet“.

Dort, wo die NPD in den Parlamenten sitzt, setzte indessen eine Enttabuisierung ein, die Partei wird für normal gehalten. 12 % im Westen und 16 % im Osten sehen in ihr mittlerweile „eine Partei wie jede andere“. Diese Daten dürften die NPD sehr erfreuen. Ebenso Einstellungen in unserer Gesellschaft, die sich verfestigen und lauten, es leben zu viele Ausländer in Deutschland, oder die Juden haben zu viel Einfluss in unserem Land.

Die Analysen beschreiben aber auch eines ganz besonders. Der Demokratiezuspruch ist eng mit dem Wohlstandsgefühl verbunden und der Demokratiezuspruch sinkt.

Wer angesichts solcher Entwicklungen und Fakten aufgrund von zugegebenermaßen finanziellen und Führungsproblemen innerhalb der NPD (Herr Pastörs strebt in die erste Reihe) allerdings von einem Zerfall der Rechten spricht, setzt auf eine gefährliche Illusion. Im Gegenteil: die Volksfront von Rechts funktioniert in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, in Hamburg, Teilen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens. Dieser „Rechtsblock“ strebt nunmehr auch die Führung innerhalb der NPD an.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, es ist eher zu befürchten, dass bei der sich weiter entwickelnden Krise und einer zu erwartenden wachsenden Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der Jugend der Ausweg bei vielen Menschen rechts gesucht wird, wie uns leider auch die deutsche Geschichte zeigt.

Das sind die Herausforderungen, denen sich die demokratischen Kräfte stellen müssen. Es geht eben auch um die Glaubwürdigkeit der Politik und eine nicht nur an den Interessen der Banken und Konzerne orientierten, sondern auch um eine gerechtere und sozialere Politik.

Deshalb haben wir uns auch zu wehren gegen die immer noch weiter um sich greifende Spaltung in arm und reich, gegen wachsende Armut, gegen Ausbildungsnotstand und Zukunftslosigkeit unserer Kinder. Deshalb erneuern wir unsere Kampagne für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes. Wir wollen dieses Thema in den bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen, bei den Europawahlen und den Bundestagswahlen in den Mittelpunkt stellen.

Wir wollen Wähler und Wählerinnen aufklären und versuchen deutlich zu machen, dass es sich lohnen kann, sich einzusetzen für eine gerechtere Politik, für Demokratie und Toleranz und gegen rechts. Und dass es sich lohnt, wählen zu gehen und zivilgesellschaftliche Strukturen zu festigen.

Wir freuen uns auf eine gute Debatte.

Vielen Dank.

## **Martina Renken-Kirchhoff, KOWA-MV**

### ***XENOS-Projekt „Beschäftigte initiativ – für ein tolerantes und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern“***

Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern, der DGB Nord und der ver.di-Landesbezirk Nord führen gemeinsam das XENOS-Projekt „Beschäftigte initiativ – für ein tolerantes und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern“ durch.

Seit über 26 Jahren bestehen an 20 Hochschulstandorten in der Bundesrepublik Kooperationsstellen, die an der Nahtstelle zwischen Hochschulen und Gewerkschaften agieren und die Vermittlung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt anstreben. Dies geschieht vornehmlich durch die Initiierung und Realisierung von Forschungsprojekten mit beschäftigungspolitischem Hintergrund, durch eine Unterstützung praxisorientierter Lehre an den Hochschulen, durch die Organisation von Konferenzen, Seminaren und Workshops in Kooperation mit HochschullehrerInnen und VertreterInnen der Arbeitswelt. Die Arbeit der Kooperationsstellen ist gekennzeichnet durch eine sehr enge Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen, Betrieben, Sozialpartnern und den kommunal-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Akteuren der jeweiligen Region.

Neben vielen anderen Themen – insbesondere EU-Osterweiterung, deutsch-polnische Kooperation sowie beschäftigungs- und strukturpolitische Fragestellungen – wurden durch KOWA-MV in den letzten Jahren Fragen der Bekämpfung des Rechtsextremismus schwerpunktmäßig behandelt.

Das derzeitige Projektvorhaben verfolgt das Ziel, Demokratiebewusstsein, Weltoffenheit, zivilgesellschaftliches Engagement und Toleranz zu stärken. Dazu werden in drei verschiedenen Aktionsfeldern Maßnahmen zur Steigerung von Vielfalt und Toleranz durchgeführt:

1. Trainings zum Umgang mit rechtsextremistischen Tendenzen auf betrieblicher Ebene
2. Transnationale Begegnungen für Beschäftigte
  - Deutsch-polnische Branchendialoge
  - Deutsch-polnische Strategieforen
  - Deutsch-polnische Seminare mit jungen ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden
3. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von ArbeitnehmerInnen gegen rechtsextreme Entwicklungen

Oberstes Ziel aller Maßnahmen im aktuellen XENOS-Projekt ist die Stärkung der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Potentiale der Region, insbesondere in ihren arbeitsweltlichen Zusammenhängen. Auf diese Weise wird ein wichtiger Beitrag zum kooperativen und demokratischen Leben und Arbeiten am Wirtschaftsstandort Vorpommern geleistet.

Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- **Workshops, Seminare, Trainingsmaßnahmen** für Beschäftigte zu den Themen Rechtsextremismus und seine Erscheinungsformen, rechtsextremistische Entwicklungen in MV, Konfliktbewältigung, Rhetorik gegen Rechts und Training Zivilcourage. Ziel ist es, Handlungssicherheit im betrieblichen Umfeld bezüglich des Umgangs mit rechtsextremen Tendenzen bei KollegInnen, KundInnen und BürgerInnen zu erlangen.
- **Qualifizierende Trainingsmaßnahmen für Auszubildende** im Bereich der interkulturellen Kompetenzen.
- Zweitägige **deutsch-polnische Branchendialoge** zum Austausch der jeweiligen Lebens- und Arbeitsbedingungen, Abbau von Vorurteilen und Stärkung der interkulturellen Kompetenz.
- Zweitägige **deutsch-polnische Strategieforen** mit regional-, struktur- und beschäftigungspolitischen Themen zur Stärkung der grenzübergreifenden Beschäftigungsentwicklung und der Stärkung einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Region.
- Zweitägige **Seminare zu politischen und arbeitsweltbezogenen Themen** mit jungen ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden aus Deutschland und Polen zum Abbau von Vorurteilen und Stärkung der interkulturellen Kompetenz.
- **Veranstaltungen, qualifizierende Foren und Coachings** für politisch aktive Beschäftigte zur Stärkung der Handlungssicherheit im Umgang mit gewählten KommunalvertreterInnen rechtsextremer Parteien oder Organisationen.

Das Projekt läuft seit dem 15.12.2008 und endet am 14.12.2011.

Als Kooperationspartner im Projekt beteiligen sich folgende Institutionen:

- DGB Region Vorpommern
- Ver.di-Landesbezirk Nord
- Fachhochschule Stralsund
- Friedrich-Ebert-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern
- Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern
- Regionalzentrum Stralsund



# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern

"Gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds"



Bundesverwaltungsamt



# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes M-V

Basierend auf langjährige Projekterfahrung zu den Themen Prävention von Rechtsextremismus in vorangegangenen XENOS-Projekten und im Bereich der transnationalen Dialoge und Foren werden Ergebnisse in diesem Projekt aufgegriffen und in drei Arbeitsfeldern weiterentwickelt.

„Trainings zum Umgang mit rechtsextremistischen Tendenzen auf betrieblicher Ebene“

und  
Qualifizierende  
Trainingsmaßnahmen für  
Auszubildende im Bereich  
der interkulturellen  
Kompetenzen

**1. Arbeitsfeld**

„Transnationale Begegnungen für Beschäftigte“  
Deutschland - Polen

- Branchendialoge
- Strategieforen
- Seminare mit jungen Arbeitnehmer(inne)n und Azubis

**2. Arbeitsfeld**

„Stärkung des zivil-Gesellschaftlichen Engagements von Arbeitnehmer(inne)n gegen rechtsextreme Entwicklungen“

**3. Arbeitsfeld**

# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes M-V

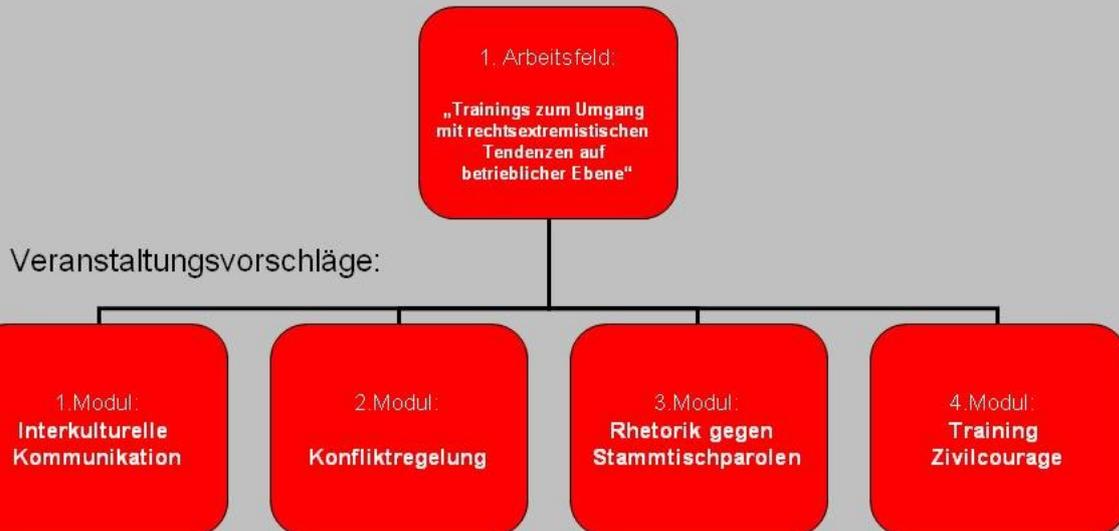
## 1. Arbeitsfeld:

„Trainings zum Umgang mit rechtsextremistischen Tendenzen auf betrieblicher Ebene“

**Gesamtvolumen: 15.000 Euro**

**Workshops, Seminare, Trainingsmaßnahmen** für Beschäftigte zu den Themen Rechtsextremismus und seine Erscheinungsformen, Rechtsextremistische Entwicklungen in MV, Konfliktbewältigung, Rhetorik gegen rechts und Training Zivilcourage mit dem Ziel der Handlungssicherheit im betrieblichen Umfeld bezüglich des Umgangs mit rechtsextremen Tendenzen bei Kolleg(inn)en, Kund(inn)en und Bürger(inn)en.

# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes M-V



# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes M-V

„Trainings zum  
Umgang mit  
rechtsextremistischen  
Tendenzen auf  
betrieblicher Ebene“  
und  
qualifizierende  
Trainingsmaßnahmen für  
Auszubildende im Bereich  
der interkulturelle  
Kompetenzen

## 1. Arbeitsfeld

„Transnationale  
Begegnungen für  
Beschäftigte“  
Deutschland- Polen

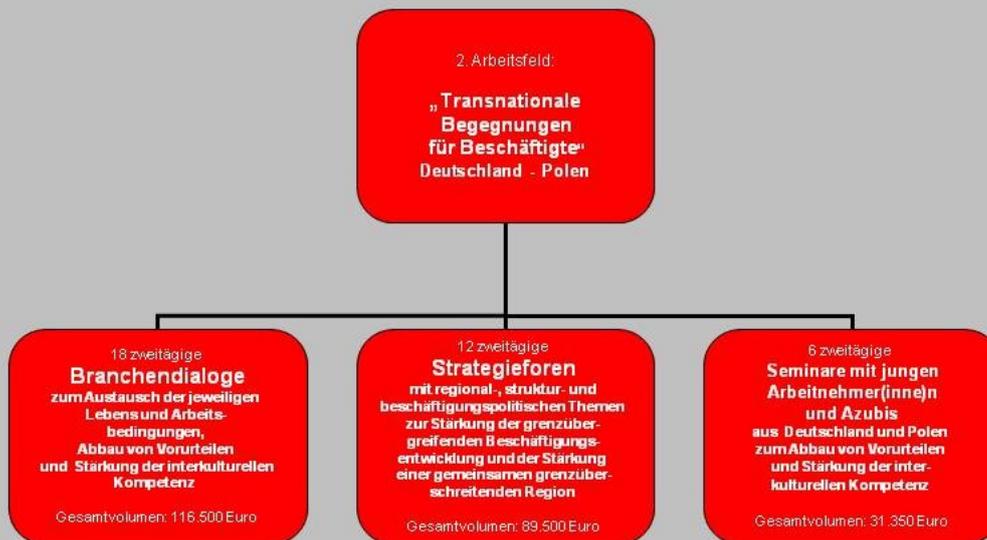
- Branchendialoge
- Strategieforen
- Seminare mit jungen  
Arbeitnehmer(inne)n und  
Azubis

## 2. Arbeitsfeld

„Stärkung des zivil-  
Gesellschaftlichen  
Engagements von  
Arbeitnehmer(inne)n  
gegen  
rechtsextreme  
Entwicklungen“

## 3. Arbeitsfeld

# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes M-V



# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes M-V

„Trainings zum  
Umgang mit  
rechtsextremistischen  
Tendenzen auf  
betrieblicher Ebene“

und  
qualifizierende  
Trainingsmaßnahmen für  
Auszubildende im Bereich  
der interkulturelle  
Kompetenzen

**1. Arbeitsfeld**

„Transnationale  
Begegnungen für  
Beschäftigte“  
Deutschland - Polen

- Branchendialoge
- Strategieforen
- Seminare mit jungen  
Arbeitnehmer(inne)n und  
Azubis

**2. Arbeitsfeld**

„Stärkung des zivil-  
Gesellschaftlichen  
Engagements von  
Arbeitnehmer(inne)n  
gegen  
rechtsextreme  
Entwicklungen“

**3. Arbeitsfeld**

# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes M-V

## 3. Arbeitsfeld:

**„Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Arbeitnehmer(inne)n  
egen rechtsextremistische Entwicklungen“**

Gesamtvolumen: 29.000 Euro

Veranstaltungen, qualifizierende Foren und Coachings  
für politisch aktive Beschäftigte zur Stärkung  
der Handlungssicherheit im Umgang  
mit gewählten Kommunalvertreter(inn)en  
rechtsextremer Parteien oder Organisationen

# Beschäftigte initiativ –für ein tolerantes und weltoffenes M-V

3. Arbeitsfeld:  
„Stärkung  
des bürgerschaftlichen  
Engagements von Arbeit-  
nehmer(inne)n gegen  
rechtsextremistische  
Entwicklungen“

Veranstaltungsbeispiele:

1. Modul:

Im Verein tätig werden  
gegen  
Vereinnahmung durch  
rechtsextreme  
Mitglieder

2. Modul:

Veranstaltungen zu

Erscheinungsformen  
des Rechtsextremismus

4. Modul:

„Training  
Zivilcourage“  
und  
„Rhetorik gegen Rechts“

# Kooperationspartner

- Vielen Dank:
- Ver.-di Landesbezirk Nord
- DGB Region Vorpommern
- Fachhochschule Stralsund
- Landeszentrale für politische Bildung M-V
- Friedrich-Ebert-Stiftung M-V
- Regionalzentren in M-V

**Birgit Neumann, Betriebliches Beratungs-Team (BBT)**  
**Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern**



# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in  
der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern



Gewerkschaftliche



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in  
der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern



EUROPÄISCHE UNION  
Europäischer Sozialfonds



Gewerkschaftliche



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Projektstruktur

### PROJEKT-BEIRAT

**DGB Bezirk Nord**

Politische Steuerung



**BBT-Büro Rostock**  
Projektkoordination



**BBT-Büro Stralsund**

### PROJEKT-TRÄGER

**Dau Wat e.V. Rostock**

Personelle  
Finanzielle  
Administration



**BBT-Büro Schwerin**



**BBT-Büro Neubrandenburg**



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

- die Arbeitswelt ist nicht frei von rechtsextremem Gedankengut und ausländerfeindlichen Ansichten
- Auslöser sind häufig ungelöste betriebliche Konflikte, ungesicherte Arbeitsverhältnisse und Standortkonkurrenz
- Rechtspopulismus und soziale Demagogie treffen auf fruchtbaren Nährboden aus Zukunftsangst, Sündenbocktheorien und Perspektivlosigkeit



PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## §80 Abs. 1 BetrVG: Der Betriebsrat hat folgende allgemeine Aufgaben:

- „darüber zu wachen, dass die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze (...) und Betriebsvereinbarungen durchgeführt werden.
- die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern insbesondere bei Einstellung [...] und dem beruflichen Aufstieg, zu fördern;
- die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu fördern;
- die Eingliederung Schwerbehinderter [...] Personen zu fördern;
- die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im Betrieb zu fördern;
- **die Integration ausländischer Arbeitnehmer im Betrieb und das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Arbeitnehmern zu fördern sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit [...] zu beantragen;**



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

## Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

### Integration ausländischer Arbeitnehmer Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Rechtliche Grundlagen im Betriebsverfassungsgesetz

**Neu:** Berichtspflicht des Arbeitgebers im Rahmen des Berichts über das Personal- und Sozialwesen  
**§ 43 Abs. 2 Satz 3:** auf der Betriebsversammlung  
**§ 53 Abs. 2 Nr. 2** auf der Betriebsräteversammlung

**Neu: § 45**  
Thema auf der Betriebsversammlung

**Neu: § 88**  
Freiwillige Betriebsvereinbarung zur Integration ausl. Arbeitnehmer und zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

**Neu: § 80 Abs. 1 Nr. 7**  
Allgemeine Aufgabe des Betriebsrats:  
- Integration ausl. Arbeitnehmer  
- Förderung des Verständnisses zw. deutschen u. ausländischen Arbeitnehmern  
- Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

**Neu: § 99 Abs. 2 Nr. 6**  
Zustimmungsverweigerung, wenn begründete Besorgnis besteht, dass der Arbeitnehmer den Betriebsfrieden d. gesetzeswidriges Verhalten oder fremdenfeindliche Betätigung stört.

**Qualifizierung**  
**§ 96 Abs.1**  
Förderung der Berufsbildung  
Vorschlagsrecht Betriebsrat - Beratungspflicht bei Ermittlung des Berufsbildungsbedarfes des Arbeitgebers  
**§ 97 Abs.1 und 2**  
Maßnahmen der Berufsbildung  
Sowohl Initiativ- als auch erzwingbares Mitbestimmungsrecht des BR bei Maßnahmen der betrieblichen Berufsbildung

**Neu: § 70 Abs.2 Satz 4**  
Allgemeine Aufgabe der Jugendvertretung:  
- Integration ausländischer Arbeitnehmer  
- Beantragung entsprechender Maßnahmen beim Betriebsrat

**Neu: § 104**  
Entfernung betriebsstörender Arbeitnehmer - insbesondere bei rassistischen und fremdenfeindlichen Betätigungen. BR kann Entlassung oder Versetzung beantragen.

**§ 75**  
Grundsätze für die Behandlung der Betriebsangehörigen  
-Verbot der Diskriminierung



PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

am 18.08.2006 in Kraft getreten

### § 1 Ziel des Gesetzes

Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

### § 17 Soziale Verantwortung der Beteiligten

Tarifvertragsparteien, Arbeitgeber, Beschäftigte und deren Vertretungen sind aufgefordert, im Rahmen ihrer Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten an der Verwirklichung des in § 1 genannten Ziels mitzuwirken.



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in  
der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Hauptziele des Projektes

- Prävention und Intervention  
in Abstimmung mit Betriebsparteien
- Sensibilisierung der Betriebsparteien  
für das Thema
- Betriebs- und Personalräte, Jugendvertretungen,  
Vertrauenskörper, Arbeitgeber



PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in  
der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Prinzipien

- Handeln in Absprache mit Gewerkschaften,  
Betriebs-und Personalräten/Innen vor Ort
- Vier-Augen-Prinzip
- Keine Stellvertreter-Aktionen



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Umsetzung

- Sensibilisierung der Betriebsparteien durch Beratung und Präsentationen sowie Durchführung von Seminaren
- Schaffung verbindlicher, betrieblicher Beispiele sichtbarer Gegenwehr gegen antidemokratische Ideologien und deren Träger in Form von Betriebs/ Ethikvereinbarungen
- Erarbeitung und Weiterentwicklung eines Referenten- Leitfadens in Form von Seminarbausteinen



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in  
der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Zahlen/ Daten/ Fakten:

### Rechtsextremismus in Mecklenburg- Vorpommern

ca. 7 000 Mitglieder

1964  
gegründet



wichtigste rechtsextreme  
Partei in Deutschland

400 Mitglieder in  
Mecklenburg-Vorpommern



#### 6 Kreisverbände:

- Westmecklenburg
- Mecklenburg-Mitte
- Nordvorpommern
- Ostvorpommern / Greifswald
- Uecker-Randow
- Neubrandenburg / Mecklenburg-Strelitz

Quelle:

REGIONALZENTRUM FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR  
BAD DOBERAN - GÜSTROW - ROSTOCK/ VS-Bericht- MV 2008

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl



Gewerkschaftliche



ARBEITS-  
LOSEN BETREUUNG



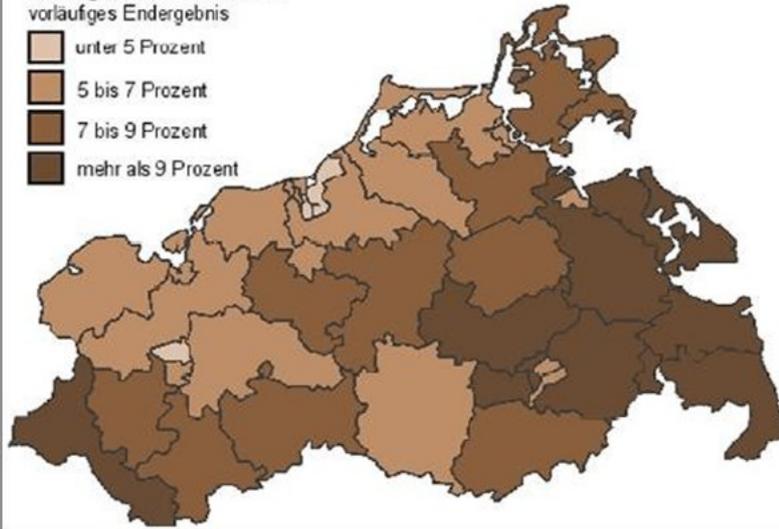
# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Zweitstimmen der NPD in den Wahlkreisen

Landtagswahl am 17.09.2006  
vorläufiges Endergebnis

-  unter 5 Prozent
-  5 bis 7 Prozent
-  7 bis 9 Prozent
-  mehr als 9 Prozent



Quelle:

REGIONALZENTRUM  
FÜR  
DEMOKRATISCHE  
KULTUR  
BAD DOBERAN/  
GÜSTROW/  
ROSTOCK

Gewerkschaftliche  
DAU.WAT  
ARBEITS-  
LOSENBETREUUNG

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Ergebnisse der Landtagswahlen 2006

### Die 6 Abgeordneten der NPD im Schweriner Landtag:

Udo Pastörs (Fraktionsvorsitzender)



Tino Müller (führender Kopf der vorpommerschen Kameradschaftsszene)



Michael Andrejewski



Stefan Köster (verurteilt wegen Körperverletzung)



Birger Lüssow (Mitglied der "Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock" und im "Kameradschaftsbund Mecklenburg")



Raimund Borrmann („Philosoph“)



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

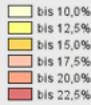




# Betriebliches Beratungs-Team

## Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

### Arbeitslosenquote in den Kreisen und Kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns August 08



### Armutsrisiko im Osten hoch

Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben bundesweit das höchste Risiko, trotz eines Erwerbseinkommens in relative Armut zu geraten.

Wie die „Thüringer Allgemeine“ unter Berufung auf eine Länderauswertung des Mikrozensus 2008 durch das Statistische Bundesamt berichtete, galten im vergangenen Jahr 12,3 Prozent der Erwerbstätigen in Mecklenburg-Vorpommern als armutsgefährdet. Wenig besser gestellt seien nach dieser Statistik die Menschen in Sachsen-Anhalt mit einem Armutsrisiko von 11,6 Prozent oder in Sachsen (10,4). Der durchschnittliche Anteil der armutsgefährdeten Erwerbstätigen lag in den neuen Bundesländern bei 10,0 Prozent und damit beinahe doppelt so hoch wie in den alten Ländern mit 5,3 Prozent, wie die Zeitung weiter berichtete. Am wenigsten sind demnach Erwerbstätige in Bayern (4,0), Baden-Württemberg (4,1) und Hessen (5,0) von Armut bedroht.



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

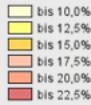




# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## 26 NPD- Mandate in den Landkreisen und kreisfreien Städten In Mecklenburg-Vorpommern Kommunalwahlen-Juni '09



### Kreisfreie Städte (in 4 von 6)

Rostock	2 Sitze
Neubrandenburg	1 Sitz
Schwerin	1 Sitz
Stralsund	1 Sitz

(Greifswald/ Wismar)

### Landkreise (in 9 von 12)

Bad Doberan	2 Sitze
Güstrow	2 Sitze
Ludwigslust	2 Sitze
Müritz	1 Sitz
Parchim	2 Sitze
Nordwestmecklenburg	2 Sitze
Nordvorpommern	2 Sitze
Ostvorpommern	4 Sitze
Uecker-Randow	4 Sitze

(Demmin/ Mecklenburg- Strelitz/ Rügen)



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in  
der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Was will die NPD?

### Parteivorsitzender Udo Voigt:

„Das Endziel sei eine neue Ordnung in Deutschland. Dazu brauchen wir eines Tages nicht 5 %, nicht 10 %, nicht 12 %, sondern wir brauchen in Deutschland 51 % um die Macht auszuüben. Das ist unser politischer Auftrag und dafür arbeiten wir.“

Die NPD lehnt das Grundgesetz strikt ab. Das Volk ist bei ihr Grundlage aller Politik.

#### Grundlegend für ein Volk seien:

**gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache, Kultur sowie  
gemeinsames Erleben und Schicksal**

Sie will **keine** Demokratie, sondern eine Ethnokratie, die Herrschaft einer ethnischen Gruppe.



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Woran erkennt man einen Neonazi?

Vom eindeutigen 88 für „Heil Hitler“ bis zum unauffälligen Thor Steinar Pullover, die rechtsextreme Szene benutzt eine Vielzahl an Symbolen, Codes und Erkennungszeichen.

Beispiele

Thor Steinar- LOGOS:



alt



neu



Flagge  
Thor Steinar

Triskele



Diese Triskele findet auch Verwendung im Logo des neonazistischen Netzwerkes Blood & Honour (X)



Adler und Fisch  
( Stärke und Kraft)  
Mythisch nordische Bezüge



„Division Thor Steinar“, eine gewollte Anspielung auf den Namen des SS-Generals Felix Steiner, der im 2. Weltkrieg die Division ‚Wiking‘ der Waffen-SS führte.

T-Shirt „Wettkampf“



Zwei Stiere stehen sich gegenüber- zwischen ihnen ist ein Fußball abgebildet. Darüber steht „Thor Steinar“ in großen schwarzen Lettern und dies ist in stechendem Rot von der Aufschrift „Survival of the Strongest“ unterstrichen. Übersetzt: „Das Überleben des Stärksten“. = Darwin: das Überleben der best angepassten („fittest“) Arten und die Wirkung der natürlichen Selektion: Aufgrund stärkster Anpassung gelinge es biologisch „starken Rassen“ besser als anderen, viele Nachkommen zu erzeugen und damit den Fortbestand ihrer Art zu sichern.



# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Autokennzeichen

HJ	Hitler Jugend ( Jugend und Nachwuchsorganisation der NPD)	OVP HJ-32
14	ist die Abkürzung der Parole des amer. Neonazi- Führer David Lane („American Nazi Party“)	SN KF-14
88	Steht für den achten(H) Buchstaben des Alphabets als Abkürzung für Heil Hitler	NVP KK-88
18	Steht für den ersten (A) und achten(H) Buchstaben des Alphabets als Abkürzung für Adolf Hitler	HGW AK-18





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Nazi-Tätowierungen: Acht Monate Strafe

„Gegen die bunten Tattoos wäre nichts einzuwenden, hätte der 21-Jährige sich nicht auch einige verbotene Zeichen der Neonazi-Szene in die Haut ritzen lassen: ein Totenkopf mit gekreuzten Knochen, ein Symbol, wie es von der Waffen-SS benutzt wurde, auch Abzeichen der SA und der verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann.“

Das Tätowieren solcher Symbole der Naziideologie allein ist laut Gesetz nicht strafbar, das Zeigen in der Öffentlichkeit aber schon.

Eigentlich müsste der 21-Jährige die verbotenen Tattoos verdecken, sich also zum Beispiel auch bei 30 Grad Hitze im Sommer mit hoch geschlossenem Kragen und langen Ärmeln in der Öffentlichkeit bewegen.

Das Gericht kommt in seinem Urteil letztlich dem Antrag von Staatsanwältin Susanne Wech von acht Monaten Freiheitsstrafe nach, setzt diese allerdings für den 21-Jährigen noch einmal zur Bewährung aus. „Eine letzte Warnung“, wie Richterin Ebel-Scheufele unmissverständlich sagt.

Damit ist jedoch nicht nur die Zahlung einer Geldauflage von 1000 Euro verbunden. Der Verurteilte muss bis zum 1. Januar kommenden Jahres auch sämtliche inkriminierten Tätowierungen an seinem Körper unkenntlich machen lassen. „Sonst wandern Sie ins Gefängnis“, betonte die Richterin.



**Blood and Honour, Triskele, Reichsadler, 88 im Ährenkranz und "Deutschland" in Fraktur - Symbolsammlung auf Nazischädel in Gera Foto: © Infothek Dessau**





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Gelder zur Finanzierung der rechten Szene

- Mitgliedsbeiträge ca. 80 Euro im Jahr/pro Mitglied
- Spenden (ca. 30% der Einnahmen)
- Staatliche Parteienfinanzierung (40% staatliche Zuwendungen)

2002:	330.000	Euro
2006:	1.454.112	Euro
- Landtagsgelder

NPD- Fraktion in Sachsen	1.886.277 Euro/ jährlich
NPD- Fraktion in MV	600.000 Euro/ jährlich
- Versandhandel/Szeneläden – ca. 2 Mio. an Umsatz durch Verkauf von Bekleidung (Thor Steinar- Artikel), Bücher und rechter Musik

### Staatliche Parteienfinanzierung:

- ab 0,5 % Wählerstimmen bei Europa-/Bundestagswahl
- ab 1,0 % Wählerstimmen bei Landtagswahlen



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

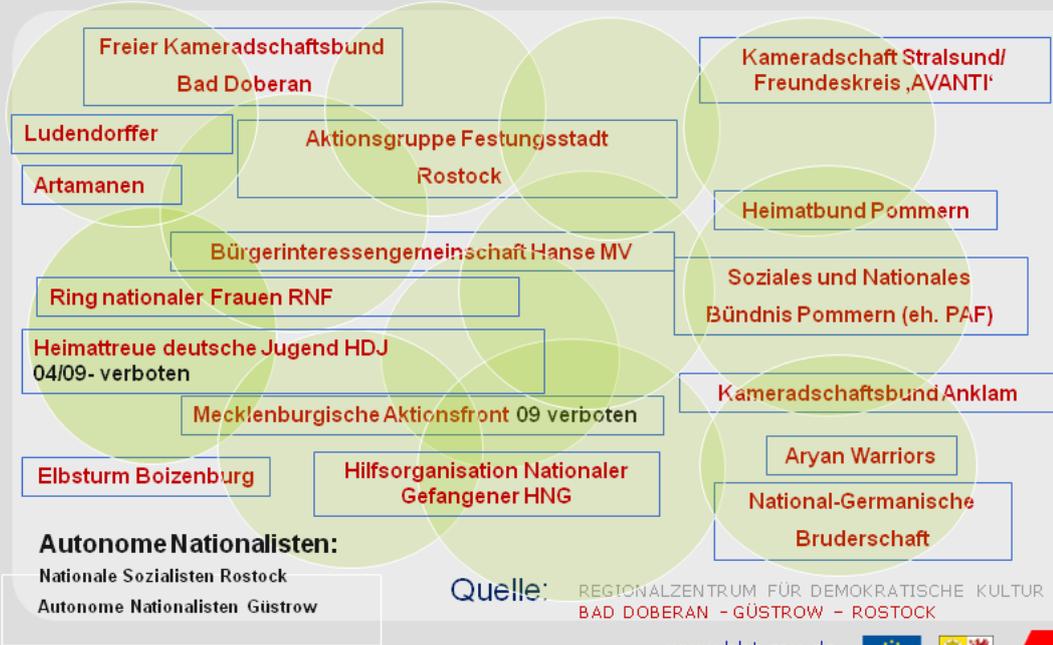
PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern



Quelle: REGIONALZENTRUM FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR  
BAD DOBERAN - GÜSTROW - ROSTOCK

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl



Gewerkschaftliche  
DAU. WAT  
ARBEITS-  
LOSENBETREUUNG



# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in  
der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

Demo in der Hansestadt Wismar- Ausschreitungen der Rechten Szene



Video.avi

Gewerkschaftliche  
DAU.WAT  
ARBEITS-  
LOSENBETREUUNG

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern



Quelle: REGIONALZENTRUM FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR  
BAD DOBERAN - GÜSTROW - ROSTOCK

Gewerkschaftliche  
DAU.WAT  
ARBEITS-  
LOSENBETREUUNG

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

## Wahlkampfplakate der NPD in Rostock/Lütten-Klein im Juni 09



Regionalbahnstation in Roggentin bei HRO



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl





# Betriebliches Beratungs-Team

## Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

Ueckermünde Ost in Mecklenburg-Vorpommern  ein Beispiel

### Film: „Braune Hochburgen“

„Die Bindungskraft der großen Volksparteien nimmt ab“  
- lesen Experten aus den derzeitigen Wahlergebnissen....

„Die Arbeitslosigkeit beträgt dort 19%

Stimmanteile der  
Volksparteien am 07.06.2009:  
CDU = 30%  
SPD = 12%

Wahlergebnisse zeigen: Extreme Parteien wie die  
NPD legen zu.... (28,8%), viele Junge haben sie  
gewählt

Viele Frauen sind weggezogen- Männerüberschuss-  
Stadt ist Hochburg der Rechtsradikalen

„Tino Müller, MdL NPD hat Wahlkampfbüro mitten in der  
Stadt ( von CDU Abgeordneten, Roman Breß, über seine  
Immobilienfirma angemietet)  
Geben sich betont zivil- machen Hartz IV Sprechstunden..

**Verknüpfung mit 283920 in Braune Hochburgen.mp4** 

Quelle: „ Report aus Mainz“, Die Reporter, Achim Reinhard und Thomas Reuter waren vor Ort und haben recherchiert....



PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Scharler Bach 3 18106 Rostock-Scharl

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern

Wahlwerbespot  
BBT-MV



Vor der Wahl  
ist nach der Wahl...

**Dat moken wie + Yes we can + Ohne Nazis + Wahl 09**

Wie Max M. der NPD zum Wahlerfolg verhalf...

dpa „Ich habe es einfach vergessen“ :stammelte der 22 jährige Schlosser aus Mestlin (OVP) angesichts der Wahlauswertung. Seine Stimme war ausschlaggebend für den Wahlerfolg der NPD.

Max M. zu cnnb: „Das habe ich nicht gewollt!“

Und DU?  
Demokratie darf nicht vergessen werden. Wahlbeteiligung ist aktive Demokratie

Eine Initiative des DGB Nord in Mecklenburg-Vorpommern zu den Wahlen 2009 für die Kommunen, das Europaparlament und den deutschen Bundestag

Gewerkschaftliche  
DAU. WAT  
ARBEITS-  
LOSENBETREUUNG

PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)





# Betriebliches Beratungs-Team

Gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern



[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)



PROJEKT-TRÄGER: Dau Wat e.V. - Gewerkschaftliche Arbeitslosenbetreuung  
Am Schmarler Bach 3 18106 Rostock-Schmarl

[www.bbt-mv.de](http://www.bbt-mv.de)



**Prof. Dr. Hajo Funke**

**„Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern 2009. Herausforderung an Demokraten“**



**Hajo Funke**

**Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern 2009**

**Herausforderung an Demokraten**

Das **rechtsextreme Angebot** ist in Mecklenburg-Vorpommern mehr als in anderen Ländern durch die Vorherrschaft von Freien Kameradschaften und einer neonazistisch inspirierten NPD bestimmt.

Ihre relativen Erfolge in den Landtagswahlen sind auch Resultat eines sozial fürsorglichen Biedermannsgesichts.

Die neonazistische Idee ist mit ihrer Vier-Säulenstrategie auf Gewalt angelegt: Die vier Säulen sind: Kampf um Köpfe, Straße, Parlament – und national befreite Zonen (Marc Brandstetter) für ein Viertes Reich

- eine **Ideologie der Gewalt**.

---

Die Bereitschaft zu **Gewalt** zeigt sich in der rechtsextremen Szene nach wie vor.

Diese oft rassistischen, aber auch gegen demokratische Feinde gerichtete, auf brutale Gewalt produziert Angst ist Teil der Strategie für ein Viertes Reich

Für 2007 zählt Lobbi etwa 54 Übergriffe – geringer sind die Zahlen des Verfassungsschutzamts mit 33 Gewaltstraftaten. Nimmt man die Dunkelziffer hinzu, so ist nach einhelligen Schätzungen von weiteren 50% auszugehen.

Teilweise bemüht sich die NPD, aus Imagegründen die eigene Fußtruppen von Gewalttaten zurückzuhalten. In bestimmten Gemeinden etwa Ostvorpommerns dominieren die Freien Kameradschaften so sehr, dass Gewalt nicht mehr ausgeübt werden braucht.

## **II. Gesellschaftliche, soziale und politische Resonanzböden**

**(1) Ausländerfeindliche Einstellungen** erreichen in Mecklenburg-Vorpommern 2008 **32,2%** (nach Sachsen-Anhalt, Bayern und Brandenburg)  
(vergleiche Brähler: Bewegung in der Mitte)

(2) Die Statements zur Ausländerfeindlichkeit lauten:  
*Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.*

*Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.*

*Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.*

---

Die Zahlen zur Ausländerfeindlichkeit sind in Ostdeutschland leicht gestiegen, und unter den über sechzigjährigen sowie bei Arbeitslosen besonders verbreitet.

Aus einer Studie in Thüringen (Thüringen Monitor) ist bekannt, dass die Bereitschaft zur Ausländerfeindlichkeit unter denen besonders hoch ist, die **autoritär** eingestellt sind und für die Gehorsam und Disziplin sowie eine starke Hand entscheidend sind.

Nach einer Vergleichsstudie aus dem Jahr 2003 ist das rechtsextreme Einstellungspotenzial in der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit mit **30%** am höchsten (Stöss)

---

## **(2) Ökonomisch-soziale Verstärker und Orientierungslosigkeit**

Ökonomische Erschütterungen belasten und traumatisieren Familien und nicht zuletzt Kinder.

Soziale Ohnmacht kann, wenn sie nicht mehr bearbeitet werden kann, gerade in der Adoleszenz zu vermehrter Gewalt führen. Rechtsextreme Szeneangebote bieten ein rassistisches Ventil – im rassistischen Gewaltkick der Clique.

Dieser Prozess hat in Mecklenburg-Vorpommern seit den frühen neunziger Jahren wiederholt stattgefunden

### **(3) Schwächen demokratischer Parteien und politisches Klima**

Die Wahlergebnisse etwa in Ostvorpommern von Mitte September 2006 haben klargemacht, dass viele Bürger das Angebot der demokratischen Parteien abgelehnt haben.

Dies auch, weil es an demokratischen Alternativen zu 20 bis 30% Arbeitslosigkeit, zur Abwanderung und zur Schließung von Schulen gefehlt hat.

Sie haben sich um diese Regionen zu wenig gekümmert – Folge einer regelrechten **„politischen Landflucht“ (TAZ)**.

## **II. Was tun – Anforderungen an Demokraten**

(1) Offene und öffentliche **Konfrontation** mit dem antidemokratischen Denken und Handeln der Rechtsextremen in Kommune, Medien und Landtag. Sie fördern mit ihrem Denken und Handeln Gewalt. Sie zerstören damit ein soziales Zusammenleben. Ihre politischen Ideen kommen aus den gescheiterten Vorstellungen des Dritten Reichs. Sie brauchen die Gewalt der Fußtruppen, um z.B. in der Region von Ludwigslust eine national befreite Zone zu entfesseln. (Aus einem Interview mit einer Aussteigerperson)

---

**(2) Auseinandersetzung mit dem verbreiteten Resonanzraum an fremdenfeindlichen und autoritären Einstellungen:**

wie zum Beispiel:

*Die nutzen nur unseren Sozialstaat aus. Die müssen weg. Ich hab was gegen Polen. Die Sinti und Roma klauen.*

*Wenn einmal die Hand ausrutscht, ist es gut für die Erziehung. Da muss durchgegriffen werden. Wir brauchen eine starke Hand*

(3) Wir brauchen landesweit eine **soziale Politik**, die den Menschen, vor allem Kindern und Jugendlichen zugewandt ist, sie ernst nimmt und durch Kindertagesstätten und eine vernünftige Schulbildung ihre Chancen in der Gesellschaft stärkt.

Studien zeigen, dass Erfahrungen kontinuierlicher Zuwendung in Familie, Kindergarten und Grundschule wie ein Immunstoff gegen rechtsextreme Gewalt wirkt (vergl. Christel Hopf 1995):

**Kinder werden nicht als Rassisten geboren.**

Wiederholte Erfahrungen von Gewalt und Betrogenwerden durch Familie, Gesellschaft oder Politik fördern die Zuflucht in die Scheinwelt eines (gewalttätigen) Rechtsextremismus.

(4) Dazu brauchen die Bürger **Demokraten, die zuhören und mit den Leuten Kompromisse machen.**

Sei es, um eine Schulschließung zu verhindern oder die Blechbüchse (das Theater) in Anklam zu retten oder in Stralsund das Kinderfest zu gestalten.

Demokraten ohne Arroganz und Wichtigtuerei und ohne ständigen Blick nach Schwerin. Es gibt zu wenig davon in Mecklenburg-Vorpommern

Es braucht zivilgesellschaftliche Initiativen – ebenso wie Gewerkschaftler - , die den Mut haben, gegen „die in Schwerin“ das vernünftige zu fordern und durchzusetzen.

Bunt gegen Braun in Anklam oder Jugendliche eines Sozialverbands in Rostock – es ist klar, dass es mit den etablierten, welcher Parteizugehörigkeit auch immer, Konflikte gibt, es „**quietscht**“ (Volkhard Knigge von der Gedenkstätte Buchenwald). Wer das nicht aushält, sollte nicht in der Politik bleiben.

## **Stärken und Schwächen zivilgesellschaftlicher Initiativen.**

### **Das Beispiel des Forums gegen Rassismus und rechte Gewalt in Oranienburg**

Ein solches Forum kann nicht die Politik einer Kommune ersetzen, sie aber ärgern und zu einer anderen Politik anstoßen.

Das ist in den letzten 11 Jahren kontinuierlich - mit schwachen Kräften und einigem Erfolg - versucht worden.

(1) Unsere Kritik an rassistischer Gewalt hatte die Unterstützung zweier **Zeitungen**

(2) Das Forum ist **präsent**, wenn auch mit schwachen Kräften

(3) Es gab jahrelange **Konflikte** mit Landratsamt und Teilen der Polizei, und auf der anderen Seite **Kooperation** mit dem Bürgermeister und Teilen von PDS, SPD und (geringer) CDU, Unternehmern und Kirche

Vor allem: das Verhalten von SPD Landesregierung und Landes- wie örtlicher Polizei war seit etwa 2001 kooperativ.

(4) es gab und gibt eine Unterstützung von **Asylflüchtlingen** durch eine besonders aktive kleine Gruppe

(5) Es gab und gibt, leider völlig unzureichend, Bildungs- und **Theaterangebote mit rechtsextrem anideologisierten Jugendlichen**

**Dr. Christoph Kopke**

**„Die NPD bei den Kommunalwahlen 2008 im Bundesland Brandenburg und als Herausforderung bei den Wahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern“**

Schriftliche Fassung des Vortrages:

**NPD und Kommunalwahlen: Erfahrungen und Handlungsoptionen in der Auseinandersetzung gegen „Rechts“ aus dem Land Brandenburg**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 7. Juni diesen Jahres finden in Mecklenburg-Vorpommern Kommunalwahlen statt; Voraussichtlich am selben Tag werden auch die Wahlen zum europäischen Parlament abgehalten<sup>1</sup>. Diesen Wahlen wird somit auch bundesweit eine erhebliche Bedeutung zukommen, da ihre Ergebnisse auch als Testlauf für die Bundestagswahlen im Herbst 2009 anzusehen sind.

Nun ist es für unsere Zusammenkunft kaum entscheidend, ob nun CDU, SPD oder Linkspartei bei den Kommunalwahlen besonders reüssieren werden, in diesem Kontext ist es auch nachrangig, wie FDP und Bündnis 90/Grüne abschneiden oder diverse kommunale Bürgerlisten. Uns interessiert – und das werden die entscheidenden Signale aus Mecklenburg-Vorpommern sein – ob es gelingen wird, die Menschen im Lande zur Teilnahme an der Wahl zu motivieren und vor allem, ob die Wählerinnen und Wähler demokratischen Bewerbern ihre Stimme geben werden.

Konkret heißt das: Es werden vor allem die Ergebnisse der rechtsextremen, verfassungsfeindlichen *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* sein, die die Öffentlichkeit im Lande und darüber hinaus interessieren und beschäftigen werden. Es wird sich zeigen, ob die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Bemühungen, die spätestens mit dem Einzug der NPD in den Schweriner Landtag auch in Mecklenburg-Vorpommern deutlich zugenommen haben, erste Erfolge zeitigen. Es wird sich zeigen, ob es tatsächlich nennenswert „Protestwähler“ waren, die 2004 die ersten Vertreter der NPD in Kreistage und Kommunalvertretungen entsandten und schließlich der Partei im Jahr 2006 zu ihrer Landtagsfraktion im Schweriner Schloss verhalfen? Wird die NPD – trotz vielfach nachgewiesener erheblicher Inkompetenz und partieller Untätigkeit in den Kommunalparlamenten<sup>2</sup>, und trotz ihres antidemokratischen, offen systemgegenerischen und provokatorischen Auftretens im Landtag<sup>3</sup> – also weiter erheblichen Zulauf haben? Letzteres hieße, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern einen rechtsextremen Sockel in der

---

<sup>1</sup> [http://www.bundeswahlleiter.de/wahltermin\\_europawahl.html](http://www.bundeswahlleiter.de/wahltermin_europawahl.html) [16.09.2008]

<sup>2</sup> Beier et al: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald 2006. Buchstein, Hubertus / Fischer, Benjamin: NPD-Mandatsträger in Kommunalparlamenten – Erfahrungen aus dem Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern, in: Schoeps et al (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin 2007, S. 255-260.

<sup>3</sup> Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald 2008. Brodkorb, Mathias / Schlotmann, Volker (Hg): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 2008.

Wählerschaft hätten, der, ungeachtet ihrer konkreten Politik jene Kräfte zu wählen bereit ist, die sich als „nationaler Widerstand“ offen und explizit gegen unsere demokratische Verfassung stellen.

Auch für die NPD steht 2009 viel auf dem Spiel: Außer bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern und weiteren Bundesländern, sind es eine Reihe von Landtagswahlen, deren Ergebnisse für die weitere Entwicklung dieser momentan krisengeschüttelten Partei ausschlaggebend sein könnten. Wird die NPD in Thüringen in den Landtag einziehen, wovon viele Beobachter derzeit fest ausgehen? Werden die Rechtsextremen im Saarland ihr bei den letzten Wahlen erreichtes Ergebnis von 4 Prozent halten oder gar ausbauen können? Wird in Sachsen die NPD ihr sensationelles Ergebnis von 2004 wiederholen können? Und schließlich: Wird die mit der NPD kooperierende Deutsche Volksunion (DVU) erneut in den Brandenburger Landtag einziehen können?

Die NPD ist eine der ältesten Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist zugleich heute die dynamischste Partei der extremen Rechten. Die NPD besteht in der Bundesrepublik Deutschland seit 1964. Gegründet wurde sie als Nachfolgepartei, Sammelbecken und Bündnisprojekt verschiedener ultrakonservativer, national-neutralistischer und völkisch-nationalistischer Kleinstparteien und Splittergruppen.<sup>4</sup> In den 1960er Jahren gelang der Partei der Einzug in sieben westdeutsche Landesparlamente, 1969 verfehlte sie mit 4,3% der abgegebenen Zweitstimmen zwar klar, aber doch relativ knapp den zuvor sicher geglaubten Einzug in den Deutschen Bundestag. Zu dieser Zeit gehörten der NPD etwa 28000 Mitglieder an. In der Folge kam es zu innerparteilichen Flügelkämpfen und zu einem rapiden Zerfall. Bei den Bundestagswahlen 1972 erreichte die NPD gerade noch 0,5% der Zweitstimmen. Auch die Zahl der Mandate in Kommunalparlamenten ging seit Anfang der 1970er Jahre kontinuierlich zurück.

Der Zerfall der NPD schuf Platz für Neu- und Umstrukturierungen im Lager der „nationalen Opposition“: Einerseits entstand aus der Konkursmasse der NPD die NS-nostalgische *Deutsche Volksunion (DVU)* des Münchner Verlegers und Devotionalienhändlers Dr. Gerhard Frey und andererseits bildete sich jene offen neonazistische Szene heraus, in deren direkten inhaltlichen und oft auch personellen Kontinuität das heutige Spektrum der „freien Kräfte“ steht.

Es ist indes bemerkenswert, dass die Partei es in den folgenden Jahrzehnten, ohne noch bei Wahlen – von wenigen kommunalen „Hochburgen“ abgesehen – erfolgreich sein zu können, immerhin schaffte, ihre organisatorische Kontinuität aufrecht zu erhalten. Erst seit Ende der 80er Jahre konnte die Partei ihre Wahlergebnisse verbessern und kam bei einzelnen

---

<sup>4</sup> Hoffmann, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt 1999; Stöss, Richard: Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14 (2005), S. 41-59. Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg 2006.

Landtagswahlen wieder über ein Prozent und somit in den Genuss staatlicher Wahlkampfkostenerstattung.

Bereits in der Wendezeit im Herbst 1989 begann die NPD in der DDR mit dem Versuch, eigene Parteistrukturen aufzubauen. 1990 bildeten sich erste Ortsgruppen der *Mitteldeutschen Nationaldemokraten (MND)*, quasi als „DDR-Ableger“ der westdeutschen NPD, und eine Ortsgruppe der *Jungen Nationaldemokraten (JN)*. Am konstituierenden Parteitag der MND am 24. März 1990 nahmen ca. 150 Personen teil. Die MND nannte sich seit August 1990 NPD. Am 7. Oktober 1990 fand in Erfurt „der offizielle Eingliederungsparteitag der MND in die bundesrepublikanische NPD“ statt.<sup>5</sup>

Die NPD fand in den neuen Bundesländern und auch in Mecklenburg-Vorpommern in der ersten Zeit nur wenig Widerhall. Bei Wahlen waren die Nationaldemokraten zunächst erfolglos. Die NPD trat in den fünf neuen Ländern bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 an. Insgesamt konnte sie dabei lediglich 25.412 Zweitstimmen (0,33%) auf sich vereinigen; bei den gesamtdeutschen Bundestagswahlen im Dezember 1990 votierten 23212 Bürger der neuen Länder mit ihrer Zweitstimme für die NPD, das entsprach einem Stimmanteil von 0,2%.<sup>6</sup> Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern überzeugte die NPD 1990 1488 Wähler, was einem Stimmanteil von 0,2% entsprach. Bei den Landtagswahlen 1994 fiel die NPD leicht hinter ihr Ergebnis von 1990 zurück. Bei den Wahlen im Jahre 1998 erreichte die NPD aber mit 11531 Wählern 1,1%. Diese Wahlen scheinen insofern eine Trendwende im Lande auszumachen, da hier die konkurrierend antretenden Rechtsaußenparteien DVU, NPD und REP auf insgesamt 4,5% der Stimmen kamen. Zählt man die Wähler der rechtspopulistischen Pro DM-Partei hinzu, kamen die rechten Parteien 1998 zusammen auf 5,9% der Stimmen. Nach einem leichten Rückgang der NPD-Stimmen bei den LT-Wahlen 2002 (0,8%; REP 0,3 %; Schill 1,7%) erfolgte bekanntermaßen der Durchbruch bei den Landtagswahlen 2006, als die Partei mit fast 60.000 Stimmen (7,3%) klar in den Schweriner Landtag einziehen konnte.<sup>7</sup>

Einen vergleichbaren Aufwärtstrend ist auch bei Entwicklung des Landesverbandes der NPD erkennbar.<sup>8</sup> War die Partei Anfang der 1990er Jahre hierzulande nur schwach aufgestellt, änderte sich dies im Verlauf der 1990er Jahre. Die Partei konsolidierte sich zunächst mit

---

<sup>5</sup> Madloch, Norbert: Anhang B: Rechtsextreme Organisationen in der Endphase der DDR und rechtsextremistische Gruppen der Bundesrepublik Deutschland mit DDR-Aktivitäten, in: Harnischmacher, Robert (Hg.): Angriff von Rechts. Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins. Beiträge zur Analyse und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen, Rostock 1993, S. 254-261, zit. 257.

<sup>6</sup> Wahlergebnisse nach Madloch, S. 257.

<sup>7</sup> Alle Ergebnisse nach: [http://www.statistik-mv.de/index\\_lwahl.htm](http://www.statistik-mv.de/index_lwahl.htm) (16.09.2008)

<sup>8</sup> Vgl. als Einstieg den Beitrag: Geschichte der NPD MV, auf: [http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=198&Itemid=95&limit=1&showall=1](http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=198&Itemid=95&limit=1&showall=1) [16.09.2008]; Landesamt für Verfassungsschutz MVP: Die Entwicklung rechtsextremistischer Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 1992-2002, bes. S. 28-32; Hoffmann, Günther: Von der Bedeutungslosigkeit zur Landtagsfraktion. Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg - Vorpommern e.V. (Hg.): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten. O.O. 2008.

ihrem Vorsitzenden, dem inzwischen verstorbenen von Niedersachsen nach Mecklenburg gezogenen Rechtsanwalt Hans Günter Eisenecker, bevor sie sich bis zum Jahre 2004 eher im Niedergang befand.

Die Wende für die NPD in diesem Bundesland markieren die relativen Erfolge bei den Kommunalwahlen 2004, wo es den Rechtsextremen gelang, immerhin 10 Mandate in Kommunalvertretungen zu erlangen. Auch dies bereitete den Boden für den Einzug in den Landtag 2006 vor. Wesentlich wichtiger für die Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit indes dürfte das Bündnis mit den offen neonazistisch agierenden so genannten „freien Kräften“ bzw. den Kameradschaften gewesen sein.

Die Öffnung der NPD gegenüber diesem Spektrum begann – nachdem die Partei sich vom offenen Neonazismus jahrzehntelang eher abgrenzte – Anfang der 1990er nach den Verboten neonazistischer Kleinstparteien und wurde seit 1996 unter dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt massiv vorangetrieben.

Durch institutionalisierte Wahlabsprachen mit der DVU - vollmundig „Deutschlandpakt“ genannt – und dem Bündnis mit einem erheblichen Teil des Kameradschaftsspektrum, also der so genannten „Volksfront von rechts“, ist es der Partei unter Udo Voigt tendenziell gelungen, jene Zersplitterung zu überwinden, die seit dem Niedergang der NPD nach 1970 die rechtsextreme Szene in der Bundesrepublik kennzeichnete.

Der Partei wurden nun zahlreiche Aktivisten, oft langjährige und erfahrene Kader, zwischenzeitlich verbotener Organisationen zugeführt. Die mindestens verbale Radikalisierung der NPD zur Anti-Systempartei ist direkte Folge dieser Öffnungspolitik. Diese führte auch dazu, dass die Partei Anschluss gerade auch an die in den neuen Ländern besonders verbreitete rechtsextremistische Jugendszene gefunden hat. Die hohe Zustimmung bei Erstwählern, vor allem jungen Männern, ließen schon die Ergebnisse der Landtagswahlen 1998 erkennen. Diese Entwicklung führte auch dazu, dass diese vergleichsweise alte Partei inzwischen auch eine sehr junge Partei ist: In keiner Partei dürfte der Altersdurchschnitt der Mitglieder, aber auch der Funktionäre und Mandatsträger so niedrig liegen wie bei der NPD.

Die mit der Integration führender Aktivisten des Neonazispektrums einhergehende Radikalisierung lässt sich gerade an dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und seiner Fraktion gut zeigen. Nicht zuletzt ihrem Frontmann und Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs konzidiert der Verfassungsschutz meines Erachtens völlig zu Recht eine vorbehaltlose „neonationalsozialistische Einstellung“.<sup>9</sup>

Spätestens seit ihrem Einzug in den Schweriner Landtag, so die Einschätzung der hiesigen Landesbehörde für Verfassungsschutz, ist „eine klare Trennung zwischen den Aktivitäten der

---

<sup>9</sup> VS Bericht Mecklenburg-Vorpommern 2007, S. 98.

Neonazis und der NPD ... kaum noch möglich“.<sup>10</sup> Gerade in Mecklenburg-Vorpommern ist die Verflechtung zwischen NPD und offener Neonaziszene besonders ausgeprägt.<sup>11</sup>

Im Rahmen ihrer 4-Säulen-Strategie geht es der NPD vorrangig und in erster Linie um ihren weiteren Parteaufbau. Dazu ist für die Partei ihre Präsenz in möglichst vielen Parlamenten notwendig. Die NPD wird also versuchen, im kommenden Jahr mindestens ihr Landtagswahlergebnis zu erreichen und darüber hinaus sich in möglichst vielen Kreisen und Kommunen durch Kommunalvertreter zu verankern.

Betrachten wir im Folgenden die Ergebnisse Kommunalwahl 2008 in Brandenburg.<sup>12</sup>

Zunächst setzte sich bei diesen Wahlen der Trend, den wir auch bei Kommunalwahlen in anderen ostdeutschen Bundesländern in den letzten Jahren beobachten konnten, fort: Rechtsextreme Parteien – in Brandenburg ist dies neben der NPD die Deutsche Volksunion, die ja nun schon in der zweiten Legislaturperiode über eine Fraktion im Potsdamer Landtag verfügt – kommen in der Regel dort, wo sie es schaffen anzutreten auch in die Parlamente. Der Wegfall der 5%-Hürde bei Kommunalwahlen befördert diesen Trend.

Konkret haben NPD und DVU es geschafft, in alle Kreistage und Parlamente kreisfreier Städte einzuziehen, zu denen sie angetreten sind (15 von 18). Dort verfügen die Rechtsextremen jetzt über insgesamt 29 Abgeordnete (16 NPD/13 DVU). Dass sie dort nirgends einen Fraktionsstatus erreichen konnten, liegt an der demokratiepolitisch durchaus problematischen Erhöhung der für Fraktionsbildung notwendigen Mandate von 2 auf 3 (Gemeindevertretungen) bzw. 4 (kreisfreie Städte, Landkreise).

Gemessen an den brandenburgischen Kommunalwahlen 2003 haben NPD und DVU zugelegt, der erhoffte Durchbruch indes blieb aus. Aber: Gerade die aktivistische NPD ist in Brandenburg im Vergleich zu anderen neuen Ländern deutlich schwächer aufgestellt. Das vergleichsweise schwache Abschneiden bei den Brandenburgischen Kommunalwahlen verweist nicht auf eine generelle Trendwende in den ostdeutschen Bundesländern.

Dort aber, wo die NPD in der Vergangenheit „strukturell starke Kreisverbände“<sup>13</sup> aufzubauen in der Lage war, wie in den Landkreisen Oder-Spree und Oberhavel, konnten sie nach einem Wahlkampf „aus eigener Kraft“ mit Ergebnissen über 4% aufwarten und zudem noch in mehrere Stadtverordnetenversammlungen einziehen. In anderen Regionen, in denen die NPD ebenfalls kommunale Mandate errang, ist dies nach Erkenntnissen der Brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde, nur durch starke Unterstützung örtlicher Neonaziszenen gelungen. Nun ist diese Analyse m. E. wenig überraschend und für

---

<sup>10</sup> Ebd., S. 62.

<sup>11</sup> Ebd., S. 63.

<sup>12</sup> Ausführlich vgl. Botsch, Gideon / Kopke, Christoph: Rechtsextremisten im Landtag am Ende? Das Abschneiden der NPD und DVU bei den Kommunalwahlen 2008 und ihre Aussichten 2009, in: perspektive21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik Nr. 40 (März 2009), S. 13-17.

<sup>13</sup> Innenministerium Brandenburg: Verfassungsschutzanalyse. Situation von NPD und DVU nach der Kommunalwahl 2008, <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.133205.de> [02.12.2008]

Mecklenburg-Vorpommern angesichts der dortigen faktischen Einheit von NPD und „freien Kräften“ kaum relevant.

Es ist davon auszugehen, dass zu einem nicht unerheblichem Maße die in Brandenburg vergleichsweise starken und schon seit einem Jahrzehnt von der Landesregierung konsequent unterstützen gesellschaftlichen Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus mit zu dieser relativen Schwäche der NPD beigetragen haben. Sich für die NPD öffentlich zu engagieren zahlt sich in Brandenburg offenbar nicht aus.

Allerdings verfügt die NPD – und das wird in vielen Gegenden Mecklenburg-Vorpommerns nicht anders sein – inzwischen durchaus über eine Stammwählerschaft oder zumindest eine potenzielle Wählerschaft in den örtlichen zum Teil subkulturell geprägten rechtsextremen Szenen. Einschlägige Kandidaten, wie der Alt-Neonazi Frank Hübner in Cottbus wurden gewählt, und die Kandidatur des verurteilten Haupttäters der als Gubener Hetzjagd in die Geschichte eingegangenen rassistisch motivierten Tötung des algerischen Asylbewerbers Farid Guendoul vor fast 10 Jahren, Alexander Bode, für die Stadtverordnetenversammlung von Guben, sowie der Kandidatur zwei weiterer damaliger Tatbeteiligter für die NPD, dürfte mutmaßlich kaum einen Wähler der NPD abgeschreckt haben.

Allerdings scheint es die NPD in Brandenburg nicht in großem Umfang geschafft zu haben, bürgerliche Wählerschichten zu erreichen. In Mecklenburg-Vorpommern – aber auch in Berlin bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen – konnten 2006 beobachtet werden, dass die gewalttätigen Vorkommnisse, die den NPD-Wahlkampf begleiteten und entsprechende mediale Beachtung fanden, offenbar nicht dazu führten, dass die NPD den Einzug in die Parlamente verfehlte.

Was heißt das alles für die Frage nach Gegenstrategien?

Zunächst muss festgehalten werden, dass nur ein Problem, das erkannt wird auch bearbeitet werden kann. Insofern kommt es darauf an, dass in den staatlichen Institutionen bis auf die unterste kommunale Ebene und bei allen demokratischen Parteien das Thema Rechtsextremismus beachtet werden muss – und vor allem ernst genommen werden sollte. Das heißt: Mit der NPD hat sich eben nicht eine legitime Partei rechts von der Union herausgebildet.

Die NPD agiert als offen systemfeindliche Partei, ihre Aktivitäten stellen einen Angriff auf unsere Verfassung und mehr noch auf die Grundlagen eines zivilen und friedlichen Miteinanders in dieser Gesellschaft dar. Denn in ihren Grundpositionen ist die Partei völkisch-nationalistisch, demokratiefeindlich, offen antisemitisch und ausländerfeindlich. Der Modernisierungs- bzw. besser Verjüngungsprozess der Partei in den vergangenen Jahren hat zu deren Radikalisierung geführt, „die früher als altbacken reaktionär-nationalistisch

geltende Partei“, so ein früherer langjähriger Verfassungsschützer, habe sich inzwischen „ideologisch regelrecht nazifiziert“.<sup>14</sup>

Demokratischen Parteien und kommunalen Eliten ist dringend zu raten, diese Partei nicht als legitimen Mitbewerber und Gesprächspartner zu akzeptieren. Dass heißt im Wahlkampf: Keine Diskussionsveranstaltungen mit NPD-Kandidaten! Eine eindeutige Position kann hier mittelfristig viel ausrichten – Versuche der Integration führen zu zunehmender Akzeptanz der Partei und ihrer Inhalte. Gleichwohl besteht auch bei vielen Demokraten erheblicher Nachholbedarf in der Kenntnis von Strategie, Inhalten und Taktik der NPD. Hier sind vermehrte Anstrengungen nötig, um im kommunalen Raum entsprechend auf die rechtsextreme Bedrohung reagieren zu können.<sup>15</sup>

Gleichzeitig zeigen die vergangenen Wahlen, dass die NPD gerade dort stark werden kann, wo die Menschen das Gefühl haben, von der Politik vergessen worden zu sein. Die Partei greift reale Probleme auf, passt sie ideologisch an ihre Positionen an, arbeitet dabei mit Angstpropaganda und Untergangsszenarien.

In Ostdeutschland tritt die NPD explizit als „Heimatpartei“ und angebliche „Schutzmacht der kleinen Leute“ auf.

Ganz offensichtlich gelang es der NPD auch durch ihre Präsenz in entlegenen Kommunen, die vielleicht für die Strategen der Wahlkampfzentralen der großen Parteien in Schwerin, Potsdam oder Berlin als vernachlässigenswert betrachtet werden, Wähler anzusprechen. Dass heißt für die Kommunalwahlen: Trotz aller struktureller Probleme sollten sich demokratische Parteien gerade auch auf den Dörfern sehen lassen.

Insgesamt kann der Angriff der Rechtsextremen auf Freiheit und Demokratie abgewehrt werden, indem die Zivilgesellschaft gestärkt und Demokratie auch und gerade in der Kommune wieder attraktiv gestaltet wird. Auch kommunale Politiker und Verwaltungsangehörige sollten darüber nachdenken, ob ihre Entscheidungen immer vermittelbar sind und die Entscheidungsfindung die nötige Transparenz und öffentliche Diskussion aufweist. Und: Der Konsens „gegen rechts“ bedeutet eben nicht, dass zu allen anderen Themen in der Kommune stets Einigkeit herrschen soll. Eine lebendige Demokratie lebt von der Differenz, von unterschiedlichen Interessen und lebhaften Auseinandersetzungen um Kompromisse – Übrigens ist es doch gerade die Angst vor der Differenz, vor der Verschiedenheit, die die Rechtsextremen umzutreiben scheint.

Durch ein gemeinsames Zusammenwirken staatlicher Institutionen mit gewerkschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Akteuren kann die rechtsextreme Mobilisierung gebremst und schließlich gestoppt werden.

---

<sup>14</sup> Hüllen, Rudolf van: Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte. Sankt Augustin / Berlin 2008, S. 7.

<sup>15</sup> Es gibt inzwischen eine Reihe von Materialien zur Weiterbildung. Empfehlenswert ist die am Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrum erschienene Handreichung für Kandidaten und Aktive demokratischer Parteien: [http://www.tolerantes.brandenburg.de/media\\_fast/3663/m mz-argumente2008.pdf](http://www.tolerantes.brandenburg.de/media_fast/3663/m mz-argumente2008.pdf)

## **WIR. Erfolg braucht Vielfalt**

„WIR.“ – das sind WIR in Mecklenburg-Vorpommern. Wir kommen aus Verbänden, Vereinen, Kirchen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Kammern, der Kultur, den Medien, dem Sport, den Schulen und Hochschulen, der Verwaltung, dem Parlament, den Parteien – und sehr häufig einfach von nebenan. Zu uns gehören Schüler, Auszubildende, Arbeitnehmer und Unternehmer, aber auch Menschen, die zurzeit keine Arbeit haben und Rentner. Wir sind Frauen und Männer, ältere und junge Leute, wenig bekannte oder auch prominente Menschen. Mehr als 300 Institutionen und Einzelpersonen haben sich bisher dem Bündnis angeschlossen. Zu ihnen gehören u.a. René Rydlewicz, Hansa-Rostock-Manager und ehemaliger Fußballprofi, die Schauspieler Henry Hübchen und Sascha Gluth aber auch die CineStar-Gruppe, die Wohlfahrtsverbände des Landes, der Landessportbund und der Landesfeuerwehrverband. Wir unterscheiden uns in vielen Dingen und doch haben wir eines gemeinsam: Wir alle leben gern in Mecklenburg-Vorpommern und sind stolz auf unser Land! Wir alle achten den jeweils anderen und respektieren Unterschiede.

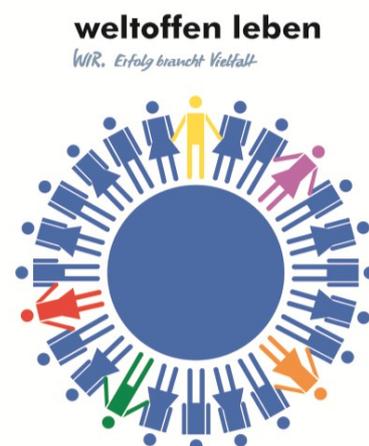
Die landesweite Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ hat es sich zum Ziel gesetzt, alle demokratischen Kräfte im Land zu bündeln, zu unterstützen und unter der Marke „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ zu vereinen. „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ möchte so nach außen deutlich machen: Wo dieser Slogan und diese Dachmarke verwandt werden, ist kein Platz für Extremisten.

Das Bündnis steht nicht in Konkurrenz zu bestehenden lokalen Initiativen. Im Gegenteil: „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ wirbt für die Stärkung der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern und fordert zum Mitmachen auf. Wie das geschieht, bestimmt jeder selbst: Sport- und Bürgerfeste können unter das Motto gestellt oder Broschüren können mit dem kostenfreien Logo bedruckt werden. Weitere Materialien können kostenlos bei unserer Geschäftsstelle bestellt werden.

„WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ soll eine Bewegung werden, die das ganze Land mit einschließt. Wir wollen in den Städten und Dörfern unseres Landes für die Demokratie werben– mit guten Argumenten und Aktionen. Dabei werden Sie gebraucht! Machen Sie mit und unterstützen Sie uns.

### **"WIR. Erfolg braucht Vielfalt"**

Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur  
in Mecklenburg-Vorpommern e. V.  
Mecklenburgstraße 59  
19053 Schwerin



[www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de](http://www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de)

Telefon: 0385/ 555709-14  
Fax: 0385/ 555709-13  
Frank.Mundzek@akademie-schwerin.de  
[www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de](http://www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de)

## **NPD – Kehrt Marsch! *Eine Kampagne der ver.di nord, Ernst Heilmann***

Guten Morgen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Lassen Sie mich meinen heutigen Bericht in Anknüpfung an meine gestrigen Ausführungen mit zwei Vorbemerkungen beginnen:

1. Brauchen wir nicht eine andere, eine sozialere Politik – eine Politik, die den jungen Menschen zugewandt ist und ihre Zukunftsängste wahrnimmt, wenn wir sie nicht an die rechten Sozialdemagogen verlieren wollen. Und
2. Die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus heute braucht zwingend die Aufarbeitung im Bezug zur deutschen Geschichte. Das machen auch die verschiedenen Studien zum Rechtsextremismus deutlich, die ausweisen, dass rassistische, antisemitische und chauvinistische Einstellungen bis tief in die Mitte unserer Gesellschaft reichen. Und zwar auch in unseren eigenen Organisationen. Daher gilt für ver.di der Grundsatz: Der Widerstand gegen jede Form von Rassismus und Nationalismus ist zentrale Aufgabe gewerkschaftlicher Politik.

Nicht nur die in diesem Jahr gewachsene rechtsradikale Gewalt, sondern auch die kommunalen Wahlerfolge der NPD in Sachsen, in einzelnen Orten mit bis zu 25 % und auch die deutliche Zunahme an Aktivitäten der Rechten in unserem Landesbezirk machen deutlich, dass wir es mit einer neuen Qualität zu tun haben und zwar sowohl in Schleswig-Holstein – zuletzt in Kappeln – wie auch in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei ist die Ausbreitung von rechtsextremer Gewalt durch die sogenannten „autonomen Neonazis“ wie in Hamburg, Magdeburg, in Bützow und anderen Orten von besonderer Brutalität gekennzeichnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es geht den Rechten nach wie vor darum, den öffentlichen Raum stetig weiter zu besetzen. In abgegrenzten Regionen ihre „kulturelle Hegemonie“ zu erlangen. Bei der Jugend weiter Nachwuchs zu rekrutieren – und das übrigens mit Erfolg, heute stärker denn je auch bei jungen Mädchen. Doch während die Gefahr wächst, sinkt die öffentliche Aufmerksamkeit und so warnen verschiedene Organisationen vor einer „Kultur der Gewöhnung und Ermüdung“.

Zitat: „Aber die Rechten sind eben nicht normaler geworden, nur unsere Wahrnehmung des Problems hat sich verändert“ sagte Annette Krahn von der Antonio Amadeo Stiftung.

Als wir am 8. Mai 2005 auf einer politischen Tagung in Prora formulierten, dass wir ein Widerstandsprogramm gegen Rechts bräuchten, da haben uns noch viele – auch Politiker – zum Teil milde belächelt. Wir haben davor gewarnt, dass es eine neue Qualität bedeuten würde, wenn ein geschlossener Rechtsblock gemeinsam mit den Kameradschaften unter der

Führung der NPD zu den Wahlen antritt. Wir haben davor gewarnt, dass ein Einzug in den Schweriner Landtag wahrscheinlich wäre. Aber wir haben auch begonnen, mit unserer Kampagne „NPD – Kehrt Marsch“ in den Widerstand gegen Rechts und in breiten demokratischen Bündnissen zu unterstützen. Inzwischen sitzen die Nazis im Landtag und werden finanziert.

Wir wissen heute, dass die rassistischen und rechten Einstellungen bis tief in die Mitte der Gesellschaft und in unsere eigenen Organisationen reichen. Das macht es ja gerade so gefährlich, es ist eben kein Randthema mehr. Auch keines nur der neuen Bundesländer, sondern in Gesamtdeutschland.

Diese Erkenntnisse müssen in unsere Gegenstrategien einfließen. Sie beginnt in der eigenen Organisation. Sie muss die Betriebe und auch die Regionen erreichen. Sie muss Menschen ansprechen und zum aktiven Handeln gegen die neuen Rechten und zum Eintreten für die zivilgesellschaftlichen Strukturen im Alltag bewegen.

Wir haben mit unserem Widerstandsprogramm gegen Rechts begonnen.

Wir haben mit unserem Arbeitskreis Antirassismus /Antifaschismus eigene gewerkschaftliche Strukturen geschaffen, und wir sind froh, dass sich so viele Kolleginnen und Kollegen aktiv im Kampf gegen rechts engagieren.

Wir wollen in Zukunft den Nazis und ihrer Ideologie überall im Alltag entgegen treten.

Dazu gehört auch, dass wir uns nicht einschüchtern lassen und nur ihnen die Straße zu Demonstrationen und Kundgebungen gewährt wird.

Das Grundgesetz kennt auch einen Antifaschistischen Auftrag, das Recht auf Meinungsäußerung und Demonstrationsfreiheit gilt eben daher auch für diejenigen, die im Zusammenhang mit den Naziaufmärschen eben dieses Recht wahrnehmen wollen. Der Staat hat daher in jedem Fall auch das Recht auf Meinungsäußerung und Demonstration der Antifaschistinnen in jedem Fall zu schützen und nicht wie häufig genug, deren Demonstrationen zu verbieten. Unsere Forderung nach Null-Toleranz gegenüber den Nazis richtet sich an Politik und Justiz.

Wir haben im Rahmen unserer Kampagne „NPD – Kehrt marsch“ eine Informationskampagne in der Öffentlichkeit, in Verwaltungen und Betrieben, sowie im Internet. Argumente gegen Rechts sollen wieder und wieder aufklären. Dazu gehören auch Artikel und Sonderseiten gegen Rechts in unserer eigenen Zeitung Publik. Diese werden wir jetzt zu den Kommunalwahlen erneut verstärken.

Wir planen ebenso eine Plakatkampagne „Keine Nazis wählen“. Wir werden im Übrigen die Straßen und Plätze, also den öffentlichen Raum, nicht den Nazis überlassen! Sondern, im

Gegenteil, Informationsstände, Aktionen und Demonstrationen organisieren und werden dabei unsere Meinung, die Meinung des demokratischen Deutschlands deutlich machen.

Ver.di nord hat im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren und der KOWA ein erstes XENOS-Projekt durchgeführt und wir werden diese Arbeit – wie gestern vorgestellt – für drei weitere Jahre fortführen.

Unsere Personengruppen der Freien und Selbständigen, die SchriftstellerInnen, Kunst- und Kulturschaffenden, planen wiederum eigene Veranstaltungen, Ausstellungen und Lesungen und Aktionen mit Schulen und Kultureinrichtungen sowie mit der Jugendbegegnungsstätte und Jugendlichen aus Röbel eine Veranstaltungsreihe „Demokratie braucht Bildung – Bildung braucht Demokratie“.

Wir wollen der Ausländerfeindlichkeit stärker entgegen treten und unsere Arbeit mit unseren MigrantInnen deutlich verstärken. Das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, Alltagsarbeit im Betrieb und in der Nachbarschaft.

Daher werden wir unsere Unterstützung für das BBT-Projekt gemeinsam mit Betriebs- und Personalräten in unserem Wirkungsbereich ausbauen.

In den Regionen werden wir weiter in Bündnissen und Netzwerken eine gemeinsame handlungsorientierte Politik aller Demokraten verfolgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

mit unseren Aktionen und Aktivitäten wollen wir insgesamt auch eine Mobilisierung gegen Rechts zu den Wahlen erreichen. Auch wenn es uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht gelungen ist, die NPD aus dem Landtag heraus zu halten, so zeigt eine Wahlauswertung dennoch, dass unsere Aktivitäten zu einer deutlich höheren Wahlbeteiligung beigetragen haben und aktive junge GewerkschafterInnen deutlich weniger Rechts gewählt haben als die Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt.

„**NPD – Kehrt Marsch!**“ wir wollen diese Partei nicht, dagegen machen wir mobil, denn wir wissen, dass eine Verbotskampagne, die wir gleichwohl unterstützen, nicht reichen kann, das gesellschaftliche Problem Rassismus und Neonazismus zu lösen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen auch, dass wir einen langen Atem brauchen im Kampf gegen Rechts – aber wir können sie stoppen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Naziträume platzen.

## **Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern**

Als wichtiger Eckpfeiler im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam stärken“ entstanden im August 2007 auf Grundlage eines gemeinsamen Beschlusses aller demokratischen Landtagsfraktionen im Land fünf Regionalzentren für demokratische Kultur. Die Regionalzentren für demokratische Kultur arbeiten in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern (an den Standorten Bad Doberan und Stralsund), der RAA M-V e.V. (in Anklam und Ludwigslust) sowie des CJD Waren/Müritz (in Neubrandenburg).

Die Regionalzentren verstehen sich in erster Linie als beratendes und unterstützendes Element, um demokratische Akteure und Strukturen zu stärken, als Initiatoren und Knotenpunkte regionaler Beratungsnetzwerke. Die Angebote umfassen neben Analysen, Beratungen und Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus, die Erarbeitung oder moderierende Begleitung der Entstehung konkreter Handlungsideen, die methodisch-beratende Begleitung bei deren Umsetzung.

Das Erstarken des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern ist auch ein Ergebnis der strukturellen Schwäche der Zivilgesellschaft in weiten Teilen des Landes. Es fehlt insbesondere in den ländlichen Regionen vielfach am tätigen Willen bzw. Möglichkeiten für aktives demokratisches Engagement.

Deshalb ist ein wesentliches Arbeitsfeld die Demokratiebildung. Sie beinhaltet Angebote an Gemeinden, Vereine, Schulen, Träger der Jugendarbeit oder auch Einzelpersonen, die gemeinsam mit den Regionalzentren Ideen, Projekte und Strukturen entwickeln, durch die zivilgesellschaftliches Engagement initiiert, gestärkt und professionalisiert werden können.

Darüber hinaus nutzen vielfach die demokratischen Parteien im Land die Kompetenzen der Regionalzentren, um sich in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Strukturen und Mandatsträgern zu wappnen. Neben Informationen zu rechtsextremistischen Strategien und Erkennungsmerkmalen reichen die Fortbildungsangebote über die Vermittlung von kommunikativen Methoden am Infostand im Wahlkampf bis hin zum Aufzeigen von Gestaltungsmöglichkeiten im konsequenten Umgang mit Rechtsextremisten in der parlamentarischen Arbeit.

Die Angebote der Regionalzentren für demokratische Kultur sind kostenfrei, vertraulich und mobil!

**Kontakte:**

**Regionalzentrum für demokratische Kultur  
Bad Doberan-Güstrow-Rostock**

Beethovenstraße 19  
18209 **Bad Doberan**  
Tel: 038203-734291  
baddoberan@regionalzentren-eamv.de  
www.regionalzentren-eamv.de



**Regionalzentrum für demokratische Kultur  
Nordvorpommern-Rügen-Stralsund**

Carl-Heydemann-Ring 55  
18437 **Stralsund**  
Tel: 03831-282584  
stralsund@regionalzentren-eamv.de  
www.regionalzentren-eamv.de



**Regionalzentrum für demokratische Kultur  
Westmecklenburg**

Alexandrinenplatz 7  
19288 **Ludwigslust**  
Tel: 03874-570220  
westmecklenburg@raa-mv.de  
www.mbt-mv.de



**Regionalzentrum für demokratische Kultur  
Süd- und Nordvorpommern**

Steinstraße 10  
17389 **Anklam**  
Tel: 03971-244920  
suedvorpommern@raa-mv.de  
www.mbt-mv.de



**Regionalzentrum für demokratische Kultur  
Mecklenburgische Seenplatte**

Friedrich-Engels-Ring 48  
17033 **Neubrandenburg**  
Tel: 0395-5638877  
www.cjd-rz.de



## **ENDSTATION RECHTS. *Eine Mitmach-Kampagne gegen Rechtsextremismus***

Gegründet wurde ENDSTATION RECHTS. Anfang 2006 von den JungsozialistInnen (Jusos) in der SPD M-V als eine gegen die NPD gerichtete Wahlinitiative im Landtagswahlkampf Mecklenburg-Vorpommern.

Trotz aller Bemühungen gelang es leider nicht, den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern. Die Internetseite [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) wurde trotzdem – oder gerade deshalb – weitergeführt und Ende 2006 zu einem Informationsportal über die „Arbeit“ und Verfehlungen der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern umgebaut. Seitdem berichtet ENDSTATION RECHTS. kontinuierlich über die NPD im Parlament sowie deren Verstrickung in die gewaltbereite freie Neonaziszene des Landes. Darüber hinaus beschäftigt sich ENDSTATION RECHTS. ebenfalls mit fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Lifestyle-Tendenzen und Entwicklungen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Berichterstattung liegt in der Beobachtung und Kommentierung ernstzunehmender Entwicklungen und Organisationen des rechtskonservativen Lagers. [www.endstation-rechts.de](http://www.endstation-rechts.de) orientiert sich trotz seiner parteipolitischen Verortung in der sozialdemokratischen Familie an journalistischen Ansprüchen. ENDSTATION RECHTS. bemüht sich, die Wirklichkeit nicht nach parteipolitischen Ansichten zurechtzubiegen, sondern berichtet so objektiv, differenziert und sachlich es eben geht.

Neben der Berichterstattung im Internet gibt es in zahlreichen Städten und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern ENDSTATION RECHTS. - Gruppen. In diesen Gruppen organisieren sich (junge) Menschen aus der jeweiligen Region, tauschen sich aus und planen, was sie selber ganz konkret gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus tun können. Dazu zählten in der Vergangenheit zahlreiche Kinoseminare, Filmabende, Fußballturniere, Expertendiskussionen, Informationsstände, Bandwettbewerbe und Konzerte, Veranstaltungen mit Neonazi-Aussteigern, Beteiligung an Demonstrationen, politische Bildung über neue Entwicklungen in der rechtsextremen Szene u.v.m.

ENDSTATION RECHTS. gibt es inzwischen nicht mehr nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern Schritt für Schritt auch in anderen Bundesländern. Anfang des Jahres 2008 ist [www.endstation-rechts-sachsen.de](http://www.endstation-rechts-sachsen.de) an den Start gegangen, in wenigen Monaten werden weitere Bundesländer folgen. Es sei angemerkt, dass diese Redaktionen autonom arbeiten und eigene Profile aufweisen.